

Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Verkehrsverbund Rhein-Sieg

An den Vorsitzenden der Zweckverbandsversammlung
Herrn Karsten Möring

An den Zweckverbandsvorsteher
Herrn Landrat Frithjof Kühn

Herrn Geschäftsführer Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag
Herrn Geschäftsführer Dr. Norbert Reinkober

Krebsgasse 5 – 11
50667 Köln

Köln, 18.10.05

Tarifanpassung 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir möchten darum bitten, der Zweckverbandsversammlung folgenden Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 1.2 (Tarifanpassung 2006) vorzulegen:

- 1. Die Verbandsversammlung beschließt - in Abänderung der auf der Verwaltungsvorlage resultierenden Empfehlung des VRS-Hauptausschusses - eine Tarifanpassung des VRS-Tarifs zum 01.01.2006, in Höhe der Tarifanpassung der Regelfahrpreise im Schienenpersonennahverkehr der DB Regio AG von 2,6 %.**
- 2. Sie stimmt außerdem einer Verlängerung des Vertrages zum Übergangstarif VRS/Ahr bis längstens zum 31.12.2006 zu und beauftragt die Geschäftsführung der VRS GmbH, die Einführung einer VRS-Gemeinschaftstarifs als Tarifkragen bis zum Sommer 2006 zu realisieren. Sie beschließt die preisliche Anpassung des ÜT Ahr zum 01.01.2006 auf Grundlage des Absatzes 1.**
- 3. Die Verbandsversammlung appelliert an Bund und Land, die pauschalen Kürzungen bei den Ausgleichszahlungen nach §§ 45 a PBefG und 6 AEG und die geänderten Bewertungsverfahren für die Beförderung von Schwerbehinderten gem. SGB IX und der JobTickets für Auszubildende bzw. die Ermittlung der Reiseweite rückgängig zu machen und bei den Regionalisierungsmitteln keine Reduzierungen vorzunehmen.**
- 4. Die Verbandsversammlung erwartet von den Verkehrsunternehmen im VRS**

die Intensivierung ihrer Restrukturierungsmaßnahmen, um den seit Jahren weit über der jeweiligen Inflationsrate ansteigenden Aufwand der Verkehrsunternehmen nachhaltig spürbar zu reduzieren.

Begründung:

Während die ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen, die Studierenden/ Auszubildenden und EmpfängerInnen von Sozialleistungen, also gemeinsam die HauptnutzerrInnen des Öffentlichen Nahverkehrs auch im Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg, auch 2005/2006 mit keinen spürbaren Erhöhungen ihrer Einkünfte rechnen können, beabsichtigt der VRS zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres seine Fahrpreise drastisch zu erhöhen. Wurden zum 01.02.2005 die VRS-Fahrpreise "unter Berücksichtigung der Marktgegebenheiten und vor dem Hintergrund steigender Kosten bei den Verkehrsunternehmen" (so die Begründung der VRS-Geschäftsführung) um durchschnittlich 3,9 % angepasst, sollen die VRS-Fahrpreise auf Vorschlag der Geschäftsführung 11 Monate später bereits wieder um durchschnittlich 4,9 % steigen. Diese Durchschnittswerte werden bei einzelnen Nutzergruppen noch drastisch übertroffen. So sollen die treuesten NutzerInnen, die JobTicket-InhaberInnen, mit einer Fahrpreiserhöhung von fast 7 % für ihr umweltgerechtes Verhalten "belohnt" werden.

Aber selbst die durchschnittliche Preiserhöhung von über 8 % innerhalb eines Jahres kann gegenüber der Bevölkerung und den Fahrgästen nicht gerechtfertigt werden. In allen Verkehrsverbänden in NRW ist zu beobachten, dass die Fahrgastzahlen in den letzten Monaten, nicht zuletzt wegen der gestiegenen Kraftstoffpreise gestiegen sind. Damit können Kostensteigerungen aufgefangen werden.

Da die Mineralölpreise aber nur einen kleinen Teil des Aufwandes der Verkehrsunternehmen ausmachen, lässt sich mit deren Preisanstieg auch die vorgesehene Tarifierhöhung nicht begründen. Entscheidender sind die Kürzungen bei den Ausgleichszahlungen beispielsweise für die Beförderung von Schwerbehinderten und Auszubildenden. Der VRS und die anderen Verkehrsverbände, wie auch der VDV und die lokalen Verkehrsunternehmen, sollten deshalb an Land und Bund appellieren entsprechende Kürzungen rückgängig zu machen und angedachte nicht auszuführen. Dies geht insbesondere zu Lasten des ländlichen Regionen. Das Gefälle von Stadt zu Land wird weiter erhöht, da die Ausgleichszahlungen ein wesentlicher Bestandteil der Finanzierung des ÖPNV auf dem Land darstellen. In den Städten, wird die Fahrpreiserhöhung dagegen durch eine andere Einnahmestruktur überkompensiert. Dies ist gegenüber den Kunden nicht zu vertreten.

Die Verkehrsunternehmen müssen ihre Anstrengungen intensivieren, ihre Kosten zu reduzieren. Gemeinsame Beschaffungen, die optimale Nutzung der vorhandenen Infrastruktur und die Reduzierung der Overheadkosten sind das Gebot der Stunde. In diesem Zusammenhang muss auch eine weitere Zusammenarbeit oder Fusion der Verkehrsverbände und Verkehrsunternehmen nachgedacht werden. Die bereits ursprünglich für 2005 vorgesehene Integration der Verkehrsangebote im Kreis Ahrweiler in die VRS-Tarifstruktur darf nicht immer weiter verschoben werden.

Vor diesem gesamten Hintergrund erscheint eine Tarifierhöhung um 2,6 %, wie sie die Deutsche Bahn für ihre Regelfahrpreise im SPNV zum Fahrplanwechsel 2006 genehmigt bekommen hat, als angemessene Höchstgrenze.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Wolter (Fraktionsvorsitzender), Bettina Tull, Rolf Beu, Horst Becker, MdL